Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8852**
14. Wahlperiode 23. 04. 2002

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Matthias Wissmann, Kurt-Dieter Grill, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Hermann Gröhe, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Kein Emissions-Zertifikatehandel zum Nachteil des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Dem Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2001 folgend, soll als Instrument zur Erfüllung der Kioto-Verpflichtungen europaweit ein Börsenhandel mit Emissions-Zertifikaten ab 2005 verpflichtend eingeführt werden. Das setzt ein praktikables, unbürokratisches, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht verschlechterndes und marktkonformes Instrument voraus.

Die Entwicklung, Festschreibung und Umsetzung eines einheitlichen Verfahrens zur Erstverteilung der Emissionsrechte ist eine zentrale Voraussetzung zur Einführung eines Emissionsrechtehandels. Die Regeln für die Erstzuteilung der Emissionsrechte müssen bereits für die Einführungsphase 2005 bis 2007 so harmonisiert werden, dass keine Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen werden. Insbesondere müssen vorzeitig – Basisjahr 1990 – erbrachte Klimaschutzleistungen (early actions) angemessene Berücksichtigung finden.

Die Regeln für die Ausgestaltung der nationalen Allokationspläne sowie der Vollzug dieser Regeln müssen harmonisiert werden, um Wettbewerbsverzerrungen sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Die zeitgleiche Einbeziehung der projektbezogenen Kioto-Mechanismen

– Joint Implementation (JI)

– Clean Development Mechanism (CDM)

in den europäischen Emissionsrechtehandel ist unbedingt erforderlich. Hierzu sind ebenfalls noch einheitliche Regelungen zu entwickeln.

Vor der Einführung des Emissionsrechtehandels ist es unabdingbar, eine Klärung des Verhältnisses und der Vereinbarkeit von EEG, KWK-Gesetz, Öko-Steuer und Vereinbarung der Erklärung der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge mit dem Emissionsrechtehandel vorzunehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission in seiner jetzigen Form abzulehnen;
- im EU-Parlament und EU-Rat darauf hinzuwirken, dass eine Entscheidung bis zur Klärung der strittigen Punkte bzw. noch offener Fragen ausgesetzt wird;
- bei der EU-Kommission darauf hinzuwirken, dass die seit 1990 erbrachten deutschen Leistungen zur Verringerung der CO_2-Emissionen angemessene Berücksichtigung finden;
- die Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft mit dem Ziel fortzuschreiben, sie an die Erfordernisse des Emissionsrechtehandels heranzuführen;
- die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform auszusetzen, sie langfristig abzuschaffen und durch eine sinnvolle, europäisch abgestimmte Lösung zu ersetzen, um einseitige Wettbewerbsverzerrungen und Doppelbelastungen – im Falle der Einführung des Emissionsrechtehandels – zu Lasten deutscher Unternehmen und Verbraucher zu vermeiden;
- allgemeine steuerliche Fragen im Zusammenhang mit dem Emissionsrechtehandel zu klären;
- die Vereinbarkeit von EEG und KWK-Gesetz mit dem Emissionsrechtehandel zu klären;
- die Vereinbarkeit des geltenden Umweltordnungsrechts mit dem Emissionsrechtehandel sicherzustellen;
- sicherzustellen, dass die Umsetzung der EU-Richtlinie auch privatwirtschaftlich organisiert werden kann und auch Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft oder von ihnen anerkannte Sachverständige mit Aufgaben nach der EU-Richtlinie betraut werden können;
- dafür zu sorgen, dass die Erfahrungen der von einigen Bundesländern durchgeführten Pilotvorhaben zur Einführung des CO_2-Zertifikatehandels zusammengetragen, ausgewertet und erforderlichenfalls weitere praxisorientierte Modellprojekte initiiert werden.

Berlin, den 23. April 2002

Dr. Peter Paziorek
Matthias Wissmann
Kurt-Dieter Grill
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Hermann Gröhe
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Dr. Christian Ruck
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333